



PI-RAT



Politische Informationen vom FachschaftsRat Erziehungswissenschaft - No 6. / 08



Zukunftsträume



HALLO AN ALLE STUDIERENDEN DES FACHBEREICHES ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT,

die Finanzkrise hat den Studierenden unter anderem beschert, dass die Kreditanstalt für Wiederaufbau ihre Zinsen für Studiendarlehen - zum Bezahlen von Studiengebühren - von 5% auf 7% erhöht hat und eine weitere Steigerung auf 9% nicht ausschließt. Zur Erinnerung: Die KfW war diejenige Bank, die der bereits bankrotten US-Investment-Bank Lehmann-Brothers am Tag der Pleite noch etwas über 300 Millionen Euro rüberwachsen ließ.

Warum ist die Hochschulfinanzierung ohne die Beiträge der Studierenden nicht zu gewährleisten, wenn der Staat zugleich genug Geld für ein über 300-Milliarden-Euro-Paket zur Rettung von Banken hat (das sind 4000 Euro für jeden Bundesbürger)? Auch die schwarz-grünen "nachgelagerten" Studiengebühren gehören abgeschafft.

Das Ganze ist letztendlich eine Frage des Menschenbildes und dessen, wie und wofür der Mensch sich bildet. Dem gehen wir in dieser Ausgabe des PI-Rats nach: Beim Protest gegen die finanziellen Kürzungen

in der Erziehungswissenschaft, bei der Positionierung für "Eine Schule für Alle", bei der Auswertung des Europäischen Sozialforums in Malmö sowie der Begrüßung der StudienanfängerInnen im Hamburger Audimax, bei dem Plädoyer für ein historisches Bewusstsein für die Unibauten und bei der Frage: was nützt STiNE.

Wir wünschen allen eine anregende Lektüre



INHALTSVERZEICHNIS

Finanzkürzung:

Existenzielle finanzielle Einschnitte für die Erziehungswissenschaft geplant. _____	4
PRESSEERKLÄRUNG der Fachschaftsräte Erziehungswissenschaft an der Uni Hamburg: _____	4
Brief der Professorenschaft des Fachbereichs Erziehungswissenschaft an die Uni-Präsidentin, die Bildungsseantorin, die Wissenschaftssenatorin und den Vorsitzenden des Hochschulrats _____	6

"Die Universität ist anders" -

Bericht von der Erstsemesterbegrüßungsfeier am 14.10. _____	12
---	----

Die Uni muß bleiben

RPlädoyer für den Verbleib des Campus in Eimsbüttel _____	14
---	----

"Another Education is Possible!"

Reisebericht vom Europäischen Sozialforum 2008 in Malmö _____	16
---	----

Keine halben Sachen - Eine Schule für alle! _____ 19

Bechluss des Fakultätsrats für "Eine Schule für alle!. _____	20
--	----

Reaktion der Präsidentin _____	20
--------------------------------	----

Die Antwort des Fakultätsrats _____	21
-------------------------------------	----

STiNE

STiNophobie - Die Leiden der OE-Tutoren _____	22
---	----

IMPRESSUM:

PI-Rat 6/2008, Redaktion: Fachschaftsräte Erziehungswissenschaft
V.i.S.d.P.: FSR ErzWiss, T. Petersen, Von-Melle-Park 8, 20146 HH

EXISTENZIELLE FINANZIELLE EINSCHNITTE FÜR DIE ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT GEPLANT.

Die Universitätspräsidentin Auweter-Kurtz ist stockkonservativ, forscht für die Rüstung, befürwortet die Studiengebühren und vertritt die Begabungsideologie, also die biologistische Deutung von geistiger spezifischer Qualifikation. Komplikationen, gerade auch mit der Lehrerbildung, waren hier vorprogrammiert und ließen auch nicht lange auf sich warten. Ihren aktuellen Ausdruck findet dies in ihrem präsidialen Vorhaben, die Erziehungswissenschaft kaputt zu sparen. Dem liegt neben Vorstellungen der Hamburger CDU, Wirtschafts- und Naturwissenschaften produzierten einträglicheres Humankapital, offenbar auch ihre persönliche Überzeugung zu Grunde, dass Erziehungswissenschaft eine selbst

für LehrerInnen überflüssige Disziplin sei. Diese bräuchten vor allem Fachwissen, für die Vermittlung gilt dann: entweder die SchülerInnen sind begabt und begreifen oder eben nicht.

Nachdem Versuche des Dekanats und vernünftigerer Teile des Uni-Präsidiums erfolglos blieben, auf diplomatischem Wege den finanziellen Angriff auf die Fakultät abzuwenden, schlägt die Auseinandersetzung inzwischen auch in der Öffentlichkeit reichlich Wellen. Ausgangspunkt hierfür waren eine Presseerklärung des Fachschaftrats sowie eine wenig später öffentlich gemachte Erklärung aller ProfessorInnen des Fachbereichs Erziehungswissenschaft. Beide dokumentieren wir nun hier:

PRESSEERKLÄRUNG der Fachschafträte Erziehungswissenschaft an der Uni Hamburg:

UNIVERSITÄTSPRÄSIDENTIN AUWETER-KURTZ PLANT EXISTENZIELLE FINANZIELLE EINSCHNITTE FÜR DIE ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT

Mit Macht versucht die Präsidentin der Hamburger Universität Frau Auweter-Kurtz eine neue Verteilung der Finanzen innerhalb der Universität durchzuboxen und gefährdet damit die historisch gewachsene wissenschaftliche Substanz insbesondere der Erziehungswissenschaft und der Lehrerbildung.

Unter dem Vorwand eines "gerechteren" Verteilungsmodells hat die Präsidentin eine Formel gefunden, welche zu dem Ergebnis führt, dass das Budget der Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften um 17% gesteigert wird, das der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sogar um über 20%,

während die Geisteswissenschaften und die Juristen weniger Geld erhalten und die Fakultät für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft mit 11% Budgetkürzung am härtesten getroffen wird. Dazu Sinah Mielich vom studentischen Fachschaftsrat: *”Es erstaunt nicht, dass die Raketenforscherin Frau Auweter-Kurtz die Finanzen von eher sozial orientierten Wissenschaftszweigen zu den wirtschaftlich besonders verwertbaren Disziplinen umverteilt. Hier soll sich offenkundig die Universität den vom CDU-Senat ausgerufenen Wirtschaftsclustern unterwerfen. Soziale Interessen, gesellschaftliche Gesamtverantwortung der Wissenschaften oder gar didaktische Erwägungen vernünftiger Lehre werden einfach in den Wind geschossen.”*

Um sowohl eine hohe Betreuungsintensität für die Studierenden zu gewährleisten, als auch einer großen Zahl von Studierenden ein Studium zu ermöglichen, hat sich der Fachbereich Erziehungswissenschaft stets um sehr kostengünstige Lehre bemüht. Dies wird von der Präsidentin nun gegen die Lehrerbildung verwendet: Sie hat eine Absenkung der Betreuungsintensität verordnet und zugleich die Fakultät auf die Beibehaltung der günstigen Lehre verpflichtet. Die Fächer, die in besonderer Weise den persönlichen

Kontakt von Lehrenden und Studierenden vorantreiben, werden entsprechend nun mit Kürzungen belegt, jene, die auf große Vorlesungen setzen, erhalten die Geldspritzen. Aus inneruniversitärer Sicht nützt diese Umverteilung niemandem: Derweil in der Erziehungswissenschaft mit deutlich weniger Lehrpersonal dieselbe Zahl der Studierenden betreut werden soll wie bisher, wird den Fakultäten mit der Budgeterhöhung eine entsprechend höhere Aufnahme von Studierenden verordnet. Das bedeutet: Studierende in den Naturwissenschaften und den Wirtschaftswissenschaften müssen sich nun mit noch mehr Raumknappheit rumschlagen. Statt sich am didaktisch anspruchsvollsten Konzept der in dieser Sache auch kompetenten Erziehungswissenschaftler zu orientieren, wird die anonymisierte Massenveranstaltung als Maßstab etabliert.

Nach den wiederholten Sparrunden



der vergangenen Jahre sind die erneuten Kürzungsaufgaben nur unter Aufgabe wichtiger Teilbereiche der bisherigen Lehrerbildung möglich.

Zynisch hat die Präsidentin der Fakultät vorgeschlagen, den durch die Kürzungen verursachten Wegfall von ca. 15% der bisherigen Lehre durch den Anteil der Studiengebühren auszugleichen, den die Fakultät zugeteilt bekommt.

„Eine Frechheit sondergleichen, die die ganze Heuchelei der Studiengebührendebatte offenbart. Auf diese Weise würden nahezu die gesamten Studiengebühren von den hiesigen Studierenden für die Aufrechterhaltung derselben Lehre ausgegeben, die wir bislang auch hatten. Der Rest geht dann für die Verwaltung der unsinnigen Reformen wie der Einführung des BA/MA-Systems drauf,

für welches im übrigen stets eine Verbesserung und nicht eine Verschlechterung der Betreuungsintensität versprochen wurde. Wir haben schon immer gesagt: Studiengebühren dienen nicht der Verbesserung der Studienbedingungen sondern sollen lediglich ausgleichen, was der Staat zu finanzieren nicht bereit ist“ so Florian Muhl, ebenfalls von Fachschaftsrat der Pädagogen.

Sein Mitstreiter Till Petersen: *„Die Präsidentin ist nicht mehr haltbar. Ein weiteres Mal bedroht ihr Provinzialismus und Technokratismus wertvolle Errungenschaften der Hamburger Universität.“*

Für Montag, den 27. Oktober ist eine studentische Vollversammlung einberufen, auf der politische Aktionen gegen die Sparvorhaben beschlossen werden sollen.

BRIEF DER PROFESSORENSCHAFT DES FACHBEREICHS ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT AN DIE UNI-PRÄSIDENTIN, DIE BILDUNGSSEANTORIN, DIE WISSENSCHAFTSSENATORIN UND DEN VORSITZENDEN DES HOCHSCHULRATS

Sehr geehrte Frau Auweter-Kurtz,
sehr geehrte Frau Goetsch,
sehr geehrte Frau Gundelach,
sehr geehrter Herr Wagner,

am Ende eines intensiven, fakultätsinternen Diskussionsprozesses über das neue Budgetverteilungsmodell des Präsidiums der Universität möch-

te die Professorenschaft des Fachbereichs Erziehungswissenschaft an der Fakultät Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft ihre Sorge über die weitere Entwicklung des Fachbereichs Erziehungswissenschaft und vor allem der Lehrerbildung zum Ausdruck bringen. Damit soll das Dekanat in sei-

nem Bemühen unterstützt werden, in Zusammenarbeit mit Präsidium und den zuständigen Behörden die Prämissen einer neuen Budgetverteilung in der Weise zu modifizieren, dass die Fakultät EPB auch künftig ihren Verpflichtungen gerecht werden kann, dass in Forschung und Lehre den wachsenden gesellschaftlichen Anforderungen an die Erziehungswissenschaft entsprochen werden kann und dass die Arbeitsbedingungen insbesondere am Fachbereich Erziehungswissenschaften den Standards angeglichen werden, die in anderen Bereichen der Universität als selbstverständlich gelten.

Auch wenn wir prinzipiell die Notwendigkeit sehen, vor dem Hintergrund des Hochschulpaktes und der geltenden Ziel- und Leistungsvereinbarungen die Mittelverteilung innerhalb der Universität zu überprüfen, sehen wir in den nun vorliegenden Verteilungsvorstellungen und Budgetkürzungsaufgaben eine substantielle und irreversible Schwächung der Erziehungswissenschaft und der Lehrerbildung an der Universität und im Stadtstaat. Diese betrifft nicht allein die an dieser Fakultät Studierenden und Lehrenden, sondern sie stellt umfassend die Fähigkeit der Universität in Frage, verantwortlich und gestaltend an der Reform des Bildungswesens und der Lehrerbildung mitzuwirken.

1. Der Kontext

1.1 Die Universität ist seit Jahren unterfinanziert und gleichzeitig strukturell erneuerungsbedürftig. Die bei den notwendigen Reformen auftretenden Finanzierungsprobleme sind aber nicht durch Umverteilungen zu lösen. Gerade die Lehrerbildung steht vor der Aufgabe, mit ausgesprochen knappen Mitteln sowohl eine Strukturreform zu realisieren als auch durch die Reform der Lehrerbildung einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des Bildungswesens zu leisten. Hier sollte es die Aufgabe der Universität Hamburg und der politisch Verantwortlichen sein, mit einem ausreichenden Budget die Bedingungen dafür zu schaffen, mit zukunftsweisenden Struktur- und Ausbildungskonzepten Bedingungen für die strukturelle und qualitative Erneuerung eines international kritisierten Bildungssystems zu schaffen.

1.2 Die Bundesrepublik und auch Hamburg steuern auf eine Phase des Lehrermangels zu. Es ist nicht nachvollziehbar, in einer solchen Situation die Zahl der Studienplätze der Lehramtsstudiengänge an einem gut nachgefragten und strukturell hervorragend entwickelten Standort einzufrieren. Es wäre im Gegenteil vom gesellschaftlichen Bedarf her angebracht, die Studienplätze in den Lehramtsstudiengängen aber auch in den Hauptfachstudiengängen Erzie-

hungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft zu erhöhen. Im vorherigen politischen Senat galt die Überzeugung, dass jedes Bundesland wenigstens die Zahl der Lehrkräfte auszubilden habe, die das Land unabhängig von Wanderungsbewegungen benötigt. Wenn nun in Hamburg der Standortvorteil so interpretiert wird, dass genügend ausgebildete Lehrkräfte nach Hamburg kommen und sich diese Einstellung auch in anderen Ländern breitmacht, werden wir in naher Zukunft in der Bundesrepublik insgesamt wie auch in Hamburg einen eklatanten Lehrermangel in allen Bereichen, aber vor allem im Bereich berufsbildender Schulen und in der Behindertenpädagogik haben.

1.3 Die budgetäre Umsetzung des neuen Mittelverteilungsmodells müsste in überschlägiger Rechnung im Fachbereich Erziehungswissenschaft zu einer Streichung von deutlich über 10 Professuren führen. Diese Streichungen würden auf der Basis eines für das Jahr 2012 entwickelten Stellenplans vorgenommen,

der bereits über 30 Professuren in notwendige Mittelbaustellen umgewandelt hatte. Damit würde die disziplinäre Struktur der Erziehungswissenschaft zerstört, die Akkreditierung der Lehramtstudiengänge gefährdet und das beispielhafte Hamburger Modell der Lehrerbildung wäre Vergangenheit. Hamburg verlöre zudem jede Attraktivität für Nachwuchswissenschaftler, so dass auch die bisherige Forschungsstärke des Fachbereichs Erziehungswissenschaft verloren ginge. Damit wäre zugleich eine Fakultät demontiert, die seit ihrer Gründung ganz hervorragend zusammengewachsen ist. Das zeigt sich in drei beachtlichen Forschungsschwerpunkten der Fakultät, die mit Forschungsschwerpunkten der übrigen Fakultäten zunehmend stärker vernetzt sind.

1.4 Die Vorgaben des Verteilungsmodells sind im Rahmen des von der Fakultät bereits entwickelten Struktur- und Entwicklungsplanes nicht mehr umsetzbar, sie würden eine vollkommen neuen Funktions- und Strukturdefinition der Erziehungs-



wissenschaft in Hamburg erfordern. Jeder Versuch, die Kürzungsaufgaben im Zuge laufender Stellenneubesetzungen durch ad hoc definierte "Streichlisten" zu erfüllen, würde einen Rückfall in überwunden geglaubte Strategien des "Durchwurstelns" bedeuten. Der unter Gesichtspunkten der Qualitätsverbesserung von Forschung und Lehre zielgeleitete Umbau würde auf diese Weise zu einem in seinen Folge- und Nebenwirkungen kaum zu kontrollierenden Abbruch der Erziehungswissenschaft und vor allem der Fachdidaktiken in Hamburg degenerieren.

1.5 Die neue Budgetverteilung trifft eine Fakultät, die seit ca. fünf Jahren intensiv bemüht ist, ihre Organisations- und Personalstruktur ziel- und kriteriengeleitet und im Kontext der mehrjährigen Bemühungen um eine Reform der Lehrerbildung weiterzuentwickeln. Der frühzeitig von der Fakultätsleitung eingeleitete und diskursiv vermittelte Restrukturierungsprozess führte unter verantwortlicher Beteiligung vieler Kolleginnen und Kollegen zu einem Struktur- und Entwicklungsplan 2012, der die disziplinären Strukturen des Fachbereichs Erziehungswissenschaft erhält und der die aus den neuen Vorgaben entstehenden Lehrbedarfe mit einem schonenden Einsatz von Studiengebühren abdeckt.

Aus unserer Sicht verstößt der vom Präsidium gestaltete Prozess der Ent-

wicklung des neuen Verteilungsmodells, in dem die Fakultät offensichtlich nur wenig Einflussmöglichkeiten auf die Justierung der Prämissen hatte, zwar nicht de jure, aber de facto gegen das Leitbild der Universität Hamburg, in dem es heißt: "Die Zusammenarbeit ihrer Mitglieder beruht auf Information und Transparenz, demokratischer Beteiligung und dem Willen zur Konfliktlösung."

Mit der Durchsetzung des neuen Budgetverteilungsmodells werden die in der Fakultät im Konsens geschaffenen Innovationsstrukturen weitgehend zerstört. Die Bereitschaft der Kolleginnen und Kollegen zur Mitarbeit am Strukturwandel, zur Reform der Studiengänge und zur Übernahme von Verantwortung wird durch die jüngsten Ereignissen nachhaltig entmutigt. Die Folgen für die akademische Kultur, für die Identifikation mit unserer Universität und das Engagement in Fakultät und Universität sind unabsehbar.

2. Unser Appell

Wir appellieren an alle Verantwortlichen in der Universität und in den beiden betroffenen Behörden (Behörde für Schule und Berufsbildung und Behörde für Wissenschaft und Forschung) die Prämissen des Mittelverteilungsmodells zu überdenken und aus unserer Sicht notwendige Nachsteuerungen unter diskursiver Beteiligung der Fakultät vorzunehmen.

2.1 Wir halten es für dringend geboten, die durch die zusätzliche neunte Stunde aus Deputatserhöhungen in den Fakultäten gewonnenen Kapazitäten zur proportionalen Erhöhung der Anfängerplätze in den Fakultäten zu verwenden und sie nicht durch Stellenverlagerungen in andere Fakultäten dafür zu nutzen, unter der Hand die Gewichte zwischen den Fakultäten zu verlagern. Im Falle der EPB gibt es im Einklang mit dem Dohnany- Gutachten starke Gründe dafür, die Kapazitäten in der Lehrerbildung und auch in den Hauptfachstudiengängen der Fakultät zu erhöhen.

2.2 Die offensichtlich vom Präsidium im Einklang mit der BWF getroffene Entscheidung, für die "Erziehungswissenschaft" in den Lehramtsstudiengängen die Curricularwerte gegenüber den bisherigen Regeln und den HIS-Vorschlägen zu reduzieren, können wir weder teilen noch nachvollziehen. Schon gar nicht verstehen wir, warum die HISVorschläge offensichtlich für alle Studiengänge der Universität als Grundlage für die Festlegung der Curricularwerte herangezogen werden, nur nicht für die Lehramtsstudiengänge. Wie eine ambitionierte Reform der Lehrerbildung, wie eine Intensivierung der Betreuung der Studierenden in den neuen Bachelor- und Masterstrukturen bei gleichzeitiger Absenkung der

Personalschlüssel für die Lehre gelingen soll, bleibt uns ein Rätsel

2.3 Die Absenkung der Curricularwerte für die Lehrerbildung hätte dramatische Konsequenzen für die Lehrerausbildung an der Universität Hamburg. Sie würde den Ausstieg der Universität aus der Reform der Lehrerbildung und die Preisgabe mühsam erarbeiteter Qualitätsstandards bewirken. Wir plädieren dafür, vor jeglicher Kürzung von Curricularwerten und Budgetzuweisungen deren Folgen inneruniversitär und im Austausch mit den betroffenen Behörden zu bewerten und erst aus einem solchen Bewertungsprozess heraus die sinnvollen Maßnahmen und den dafür notwendigen Zeitrahmen zu bestimmen. Die jetzige Forderung an die Fakultät, in zwei Jahren 1,5 Millionen an Sach- und Personalmittel einzusparen, ist aus unserer Sicht weder inhaltlich-konzeptionell verantwortbar noch verwaltungstechnisch umsetzbar. Zudem verstößt sie gegen alle Regeln einer verträglichen Systementwicklung.

2.4 Die Professorenschaft der Fakultät versteht weiterhin nicht, wie es bei einer Fortschreibung gravierender Ausstattungsunterschiede zu Lasten der Lehrerbildung mit dem neuen Verteilungsmodell möglich sein soll, "gerechte" und strategisch bedeutsame Zukunftsentscheidung für alle Fakultäten zu ermöglichen. Wir ver-

missen politisch notwendige, auf Innovation und nicht auf die Stabilisierung vorhandener Ungleichheiten gerichtete Impulse bei der Gestaltung eines neuen Mittelverteilungsmodells.

2.5 Wir raten schließlich dringend davon ab, die Absicht weiter zu verfolgen, die Deckungslücke zwischen neuem Verteilungsmodell und Planungen der Fakultät durch Studiengebühren zu schließen. Damit würden aus unserer Sicht Grundbedarfe der Lehre und unabdingbare Kosten der notwendigen Vorhaltung disziplinärer Strukturen durch Studiengebühren finanziert. Statt der versprochenen Verwendung zur Verbesserung von Lehre und Studium würden die studentischen Beiträge dazu verwendet, die strukturellen Folgen einer problematischen Umverteilungspolitik abzufedern. Dies liefe allen politischen Beteuerungen im Zuge der Einführung der Studiengebühren zuwider und würde absehbar zu massiven Protesten und Konflikten an der Universität und in der Öffentlichkeit führen.

Wir bitten alle an der Universität und für die Universität Verantwortlichen dringend darum, zu einer Kultur der diskursiven Klärung und Vermittlung notwendiger Entscheidungen zurückzukehren und in einem solchen Klärungsprozess zusammen mit unserem Dekanat zu den notwendigen Modifikationen am Modell zu

kommen. Wir sehen es darüber hinaus als unsere Verantwortung an, alle Mitglieder der Universität, die politischen Entscheidungsträger der Stadt und die Öffentlichkeit über die Folgen der beabsichtigten Budgetkürzungen an der Fakultät zu informieren und eine breite öffentliche Diskussion darüber im Kontext der allenthalben proklamierten "Bildungsoffensive" anzustoßen.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Sektion 1:
gez. Prof. Dr. Ursula Neumann
gez. Prof. Dr. Christoph Koller

Für die Sektion 2:
gez. Prof. Dr. Johannes Bastian
gez. Prof. Dr. Sven Degenhardt

Für die Sektion 3:
gez. Prof. Dr. Tade Tramm
gez. Prof. Dr. Peter Faulstich

Für die Sektion 4:
gez. Prof. Dr. Petra Hüttis-Graff
gez. Prof. Dr. Astrid Müller

Für die Sektion 5:
gez. Prof. Dr. Gabriele Kaiser
gez. Prof. Dr. Günter Krauthausen

Für die Professorenschaft des Fachbereichs Erziehungswissenschaft:
gez. Prof. Dr. Wolfram Weiße
gez. Prof. Dr. Helene Decke-Cornill

DIE UNI MUß BLEIBEN!

Reichlich Presse machten im Sommer die öffentlichen Überlegungen der Wissenschaftssenatorin Herlind Gundelach, die Universität komplett in den Hafen zu verlegen. Vom Amtsvorgänger Dräger offenbar mit einem schweren Erbe belastet, war diese möglicherweise der Versuch, was "eigenes" zu präsentieren. Während die Senatorin schnell einlenkte und das Szenario nur als eine von verschiedenen Optionen nannte, die zu einer zügigen Sanierung des Gebäudebestandes der Universität beitragen könnten, ist die Uni-Präsidentin bis heute begeistert von dieser Möglichkeit, sich der verhassten Hochschule mit all ihrem Erbe

zu entledigen und sie nach ihrem Geschmack neu aufzubauen. Für diesen durchschaubaren Zweck war keine Denunziation zu schade, die Uni sei "marode" und als Präsidentin müßte sie sich "schämen" für ihre Uni. Zum "Beweis" wurden einschlägige Journalisten der Springer-Presse in Gebäude geführt, die seit Jahren nicht mehr renoviert wurden, weil sie zum Abriss freigegeben sind.

Der Fakultätsrat der Fakultät hat sich auf studentischen Antrag ein eigenes Bild im Rahmen einer Campusbegehung gemacht und anschließend bei drei Enthaltungen folgenden Beschluss gefasst:

PLÄDOYER FÜR DEN VERBLEIB UND AUSBAU DES CAMPUS IN EIMSBÜTTEL.

Der Fakultätsrat der Fakultät für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft der Universität Hamburg verfolgt die Beratungen zur Verlegung der Universität in den Hafen mit großer Sorge und spricht sich dafür aus, einer gründlichen und zügigen Sanierung und Erweiterung der universitären Gebäude in Eimsbüttel den Vorzug zu geben.

· Die Realisierung der Pläne hätte den Verlust wertvollen kulturellen

Erbes zur Folge. Die meisten Gebäude auf dem Campus sind Symbole des gesellschaftlichen Aufbruchs der Nachkriegszeit und des Aufbaus einer sozial offenen Hochschule. Dies kommt z. B. in der baulichen Substanz mit einer transparenten und funktionalen architektonischen Gestaltung und hochwertigen Werkstoffen (Philosophenturm, Erziehungswissenschaft, Rechtshaus, Audimax, HWP) zum Ausdruck.

· In der inneren Gestaltung der

Gebäude ist in der jüngeren Vergangenheit die wechselvolle Geschichte der Universität kritisch reflektiert worden. Dies spiegelt sich besonders in der Benennung von Hörsälen und Bibliotheken nach demokratisch engagierten und nach 1933 politisch wie rassistisch verfolgten WissenschaftlerInnen. Dieses kulturelle Erbe würde mit einem Neubau ebenso verloren gehen, wie die prägende Verbindung mit dem historischen jüdischen Viertel.

- Die überwiegende Mehrzahl der Universitätseinrichtungen mit dem Zentralcampus ist durch die historisch gewachsene Ansiedlung im Kerngebiet Eimsbüttels in das Leben der Stadt stark integriert. Das fördert den Austausch von Universität und Öffentlichkeit, belebt die angrenzenden Stadtteile und ist eine Erleichterung für die Studierenden. Alles das ginge mit dem "Sprung über die Elbe" unwiederbringlich verloren.

Der Fakultätsrat begrüßt deshalb alle Bestrebungen, den objektiven Sanierungs- und Erweiterungsbedarfs für die Universität rasch und transparent festzustellen und auf dieser Grundlage die notwendige Bau und Sanierungsvorhaben zügig fortzusetzen. In Eimsbüttel stehen genügend Flächen zur Verfügung für Erhalt und Erweiterung der Universität vor Ort. Zahlreiche Gebäude

sind in jüngerer Vergangenheit aufwendig und mit entsprechenden Kosten saniert worden, bzw. werden gerade in Stand gesetzt.

Für die weitere bauliche Entwicklung der Universität sollte gelten:

- Die Zentralisierung der Universität an einem Ort sollte gewahrt und weiter fortgesetzt werden. Die räumliche Nähe der verschiedenen Fächer und Fakultäten einschließlich der Nähe zur medizinischen Fakultät unterstützt die Interdisziplinarität und erleichtert das Studium vielfältiger Fächerkombinationen. Insbesondere für die Lehrerbildung mit der Kombination von Erziehungswissenschaft und mehreren Unterrichtsfächern sind die kurzen Wege wichtiger Teil der Studierbarkeit. Eine Teilverlagerung der Universität lehnt der Fakultätsrat daher ab.

- Die Gebäude müssen in staatlicher Hand bleiben. Die enge Kooperation von Studierenden, Lehrenden und Gebäudeverwaltung als Mitglieder der Hochschule hat sich bewährt. Die staatliche Verfügung über die Gebäuden ermöglicht eine dauerhafte Kostenkontrolle sowie die Souveränität der Hochschulen bei der Nutzung sowie bei erforderlichen Um- und Neugestaltungen. Modelle des Public-Privat-Partnership betrachtet der Fakultätsrat mit größten und begründeten Vorbehalten.

"DIE UNIVERSITÄT IST ANDERS" - BERICHT VON DER ERSTSEMESTERBEGRÜßUNGSFEIER AM 14.10.

.....

(fm) Am Dienstag in der OE-Woche fand im Audimax von 18-20h die Begrüßungsfeier der diesjährigen Erstsemester statt. Wie im letzten Jahr war die Veranstaltung eine geschlossene. Nur für Erstsemester + Begleitung mit Anmeldung, Eintrittskarte und Eintrag in die Gästeliste war es möglich an den Türstehern vorbeizukommen. Moderiert wurde die Veranstaltung von Michel Clement, dem Leiter des Lehrstuhls für Marketing und Medienmanagement an der Uni Hamburg und ehemaligem "Bertelsmann", der immer wieder Anekdoten aus seiner Tätigkeit als BWL-Prof. einstreute und die Studierenden zu "Biss" ermunterte, um aus der Zeit an der Uni ein Maximum an Profit zu schlagen. Es wurden 3 Grußworte gehalten, die von einem Rahmenprogramm aus englischem Theater und einer Capoeira-Vorführung gerahmt wurden. Als erste Rednerin sprach die Uni-Präsidentin Monika Auweter-Kurtz, die nach einem Schwall von Platitüden die Studiengebühren lobte und versicherte, dass uns das Geld "zielgerecht" zugute käme.

Ihr folgte der Ex-CDU-Wirtschaftssenator und Förderer der "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft"¹ Gunnar Uldall, der auch Mitglied des Ende September gegründeten "Board of Mentors"² der Uni Hamburg ist.

Um die Kritik an der Veranstaltung und dem momentanen Kurs der Uni in Sachen Studiengebühren etc. auch in das Audimax zu tragen, entrollten einige KommilitonInnen während seines Redebeitrags ein Banner mit der Aufschrift "Die Universität ist anders! Kritische Bildung statt Humankapital". Es kam zu einem kurzen Handgemenge mit den Securities, das Transparent blieb jedoch letztendlich während des gesamten Redebeitrags präsent. Uldall lobte in seiner Rede die Uni-Präsidentin dafür, dass in der Zeit ihrer Präsidentschaft dank der "neuen Impulse", die sie "in die Universität geschickt" hätte, ein "Dornröschenschlaf" der Universität "beiseite gegangen" wäre. "Lassen Sie sich nicht beirren durch irgendjemanden, der ein Transparent hier hochhält, sondern gehen Sie diesen Weg weiter" war seine Ansage. Anschließend lobte er Hamburg über den schwarz-grünen Klee, die begeisterten Bauten in der Hafen City, die "unglaubliche studentische Szene um das Grindelviertel" und die anderen "Kulturpunkte" und gab Sightseeing-Tips: "Ein Spaziergang rund um die Außenalster! Ne dreiviertel Stunde, wenn man gemütlich geht". Als der Wirtschaftssenator a.D. aus ihm sprach, pries er Hamburg als "driving force", die "vorne führend im Wettlauf in der Wirtschaft" sei und

irgendwann an Bayern und Baden-Württemberg, die "bereits unseren [heißen] Atem im Nacken spüren" vorbeiziehen würde, mit einem Strauß Airbusse, Life Sciences und der Hafen City unter dem Arm.... Passend zur aktuellen Krise auf den Finanzmärkten stellte er die Frage: "Wo investiert man jetzt heutzutage nochmal richtig rein? Was sind richtige Investmentobjekte (SIC!)" Richtig, "Leistungswille und Leistungsfähigkeit", das gute alte Humankapital also.

Der unsägliche Michel wendet in der Abmoderation als guter Neoliberaler selbst den Protest gegen die elitäre und wirtschaftskonforme Ausrichtung der Universität und das "kritische Umfeld" als Qualitätsmerkmal der Uni und als Zeichen ihrer "Exzellenz", die ihn stolz macht. Als letzter begrüßte Olaf Holst als AStA-Vorstand mit einer Rede die Erstsemester.

Vor dem Audimax hatte sich vor und während der Veranstaltung eine buntgemischte Gruppe von Studierenden zusammengefunden, die nicht ins Audimax durften bzw. wollten um mit Redebeiträgen, Musik, Bannern und Flugblättern auf den skandalösen Rahmen der Veranstaltung und die einseitig an wirtschaftlichen Ansprüchen ausgerichtete Politik des Uni-Präsidiums aufmerksam zu machen. Die zuvor aufeinander abgestimmten stu-

dentischen Aktivitäten vor der Tür und im Saal hatten indes auch Teile der Gäste zu skeptischer Aufmerksamkeit animiert und einen Vater sogar ermuntert, im Saal als Contra zu Uldall laustark die Kritik als wichtigen Teil der Mündigkeit zu loben. Er erhielt den längsten Applaus des Abends.

Für alle diejenigen, die entweder nicht zu der Begrüßung kommen konnten und/oder sich das Programm noch einmal anschauen möchten, finden sich auf der FSR-Homepage Video-Mitschnitte der Veranstaltung: www.fsr-erzwiss.de.

1 <http://de.wikipedia.org/wiki/INSM>

2 <http://www.verwaltung.uni-hamburg.de/pr/2/21/pm/2008/pm108.html>

**Wenn ich groß bin,
werd' ich Humankapital?!**



"ANOTHER EDUCATION IS POSSIBLE !"

REISEBERICHT VOM EUROPÄISCHEN SOZIALFORUM 2008 IN MALMÖ, SCHWEDEN

Vom 18.-21.08. fand in Malmö, Schweden, das fünfte Europäische Sozialforum (ESF) statt. Angeregt durch das Weltsozialforum im Jahr 2001 in Porto Alegre, Brasilien, wurde das ESF zum ersten Mal 2002 in Florenz als kontinentales Treffen der Weltsozialforumbewegung veranstaltet. Die inhaltliche Grundlage bildet auch beim Europäischen Sozialforum die Charta der Prinzipien des Weltsozialforums.

In diesem Jahr wurden von verschiedenen Organisationen (Gewerkschaften, NGOs, sozialen Bewegungen) ca. 800 Veranstaltungen angemeldet, ca. 250 Workshops, Seminare und Lesungen fanden letztendlich statt. Das Themenspektrum war weit gefächert: es reichte von Anti-Atom über Bürgerrechte, Krieg und Frieden, Antimilitarismus, Bildungspolitik und Privatisierung bis hin zu Antirassismus. Wir, zwei Studis von der Uni Hamburg waren zusammen mit ca. 15 anderen GEW-Studierenden aus ganz Deutschland in einer Jugendherberge im Süden der Stadt untergebracht. Es war sehr interessant sich mit andern politisch engagierten Studis aus anderen Bundesländern zu unterhalten, und zu erfah-

ren wie deren Einschätzung und Strategien an den jeweiligen Universitäten laufen. Alos wie und was sie Beispielweise gegen die neu eingeführten Studiengebühren und die Bachelor-Studienstruktur taten.

Die europaweiten Auswirkungen des Bologna-Prozesses

Am Freitagabend besuchten wir dann eine Podiumsdiskussion zum Thema "The Opposition in Europe to neoliberal Politics - Higher Education" in der Värner Rydènskola. Es diskutierten ein Kollege aus einer italienischen Gewerkschaft, die Sprecherin der französischen Studentenunion, eine Dozentin aus Spanien und ein Gewerkschaftskollege aus Frankreich.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass alle ReferentInnen darin übereinstimmten, dass die Umsetzung des Bologna-Prozesses europaweit verheerende Auswirkungen sowohl auf die Situation der Studierenden und Lehrenden als auch auf die Qualität von Wissenschaft, Forschung und die Verwirklichung von allgemeiner und nachhaltiger Bildung hat. Vor dem Hintergrund der ohnehin schon unglei-

chen Chancen auf Zugang zu (akademischer) Bildung und befördert durch den Elitediskurs tritt die Verwirklichung von freiem Zugang zu Bildung als fundamentales Menschenrecht mehr und mehr in den Hintergrund. Sie wird ersetzt durch eine Vorstellung von "Bildung" als individuelle Investition ins eigene (Human-)Kapital. Die lang anhaltende Unterfinanzierung der Hochschulen führt dazu, dass private Akteure als "finanzielle Retter" der Universität einspringen können und so de facto vormals öffentliches Eigentum geraubt (privatisiert, lat. von *privare* ~ rauben) wird. Gleichzeitig findet europaweit ein Umbau der Universitäten hin zu nach marktwirtschaftlichen Kriterien organisierten "Bildungsunternehmen" statt ("gouvernement d'université comme un entreprise"), die sich im Wettbewerb untereinander auf dem internationalen Bildungsmarkt positionieren sollen.

All diese Entwicklungen im europäischen Hochschulsystem werden zwar aufgrund der unterschiedlichen landes-

politischen Machtverhältnisse und Hochschultraditionen verschieden umgesetzt, gehen aber überall in die gleiche Richtung. Alle Referent_Innen waren sich darin einig, dass sie nach einer europaweiten Gegeninitiative verlangen, welche sich der Privatisierung von Bildung widersetzt und die umfassende Realisierung des Menschenrechts auf Bildung vorantreibt, denn die Umstrukturierungen im Bildungssystem laufen europaweit nach den gleichen ideologischen Mustern ab. Nun ist es an der Zeit Theorie und Praxis miteinander zu verbinden und der kritischen Analyse konkrete politische Maßnahmen folgen zu lassen.



Abschlussdemonstration + Fazit

Am Samstag Nachmittag demonstrierten wir dann mit einem Teil der - in Michael Hardts Worten - organisierten europäischen Multitude in ihrer vielfältigen Form durch die Straßen von Malmö. Insgesamt beteiligten sich ca. 15000 Personen an der Demonstration.

Das Spektrum der Demonstrierenden reichte von Gewerkschaftler_Innen, anarchistischen Gruppen, katholischen Arbeiterorganisationen und Autonomen, über Antifaschist_Innen, Naturschützer_Innen, Sozialist_Innen, Kommunist_Innen und Studierende. Allen gemein war die Kritik der herrschenden neoliberalen Ordnung und die Forderung nach einer besseren und gerechteren Zukunft für

alle.

Für uns war es das erste Europäische Sozialforum und die außerordentliche Vielfalt von Veranstaltungen war sehr bereichernd und inspirierend. Insbesondere für die GEW-Studierendengruppe Hamburg war die Möglichkeit der Vernetzung mit anderen aktiven Studierenden und Referendar_Innen und der Austausch über die Lage an anderen Universitäten sehr produktiv. Die Erfahrung, dass an vielen Stellen in Europa engagierte Menschen in ähnliche (Abwehr-) Kämpfe involviert sind, macht Mut für kommende Auseinandersetzungen diesseits und jenseits einzelstaatlicher Aktivitäten.

Christian und Florian, GEW-Studierendengruppe Hamburg



KEINE HALBEN SACHEN - EINE SCHULE FÜR ALLE!

(fm) In der Zeit vom 19. September 2008 bis zum 9. Oktober 2008 wurde in Hamburg das Volksbegehren der Initiative "Eine Schule für alle" durchgeführt. Diese besteht aus einem breiten Bündnis von Eltern, Lehrern, Erziehern und an Bildung interessierten HamburgerInnen. Anfang des Jahres waren in einem ersten Schritt mit 15.500 Unterschriften mehr als genug für eine erfolgreiche Volksinitiative gesammelt worden. Für den nächsten Schritt, das Volksbegehren, hätten in drei Wochen rund 62.000 Unterschriften (5% der Wahlberechtigten) gesammelt werden müssen. Bis zum 9.10. hatten jedoch "nur" rund 50.000 Personen unterschrieben. Damit ist das Verfahren dieses Volksbegehrens leider beendet.

Bei einem so polarisierenden Thema war der Gesprächsbedarf jedoch sehr hoch und die Sammelzeit mit drei Wochen sehr kurz. Das Thema wird jedoch weiterhin auf der Tagesordnung bleiben. Die Bewegung für gemeinsames Lernen geht weiter.

Zum Hintergrund:

Die großen Hamburger Parteien hatten das Volksbegehren nicht unterstützt: Die CDU als Fürsprecherin eines mehrgliedrigen Schulsystems polemisierte gegen die Ziele der Initiative.

Die GAL, deren Fraktionsvorsitzende Christa Goetsch im Herbst 2007 die Initiative "Eine Schule für alle" mit begründet hatte, vertrat den schwarz-grünen Koalitionsvertrag und bekann-

te sich daher nicht mehr zu dem womit sie noch Anfang des Jahres Wahlkampf gemacht hatte. Die Hamburger SPD befürwortet zwar grundsätzlich eine Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems, ist aber über der Frage gespalten wann und wie dieses geschehen soll. Außerdem haben viele Angst vor einer Abschaffung des Gymnasiums, obwohl es bei der Umsetzung der Einen Schule für alle lediglich um die Öffnung der Gymnasien für alle Kinder durch die Abschaffung des Sitzenbleibens und das Verbot der Abschulung geht.

Von den Hamburger Parteien unterstützte einzig die LINKE das Volksbegehren.

Unterstützung erhielt das Volksbegehren auch aus dem Fakultätsrat unserer Fakultät. Auf seiner Sitzung am 17.09.08 fasst es den Beschluss, die Volksinitiative "Eine Schule für alle" und deren Aufruf zum Volksbegehren zu unterstützen.

Der Fakultätsrat EPB, das höchste universitäre Gremium für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft in Hamburg, hat auf seiner Sitzung am 17. September 2008 den unten dokumentierten Beschluss gefasst.

Weitere Infos:

- <http://eineschule.de/>
- <http://gewstudis.blogspot.de/2008/08/25/eine-schule-fuer-alle-ein-zwischenziel-im-kampf-gegen-soziale-ungleichheit/>

Bechluss des Fakultätsrats für "Eine Schule für Alle"

“Der Fakultätsrat greift seinen Beschluss zur Unterstützung der Volksinitiative “Eine Schule für Alle” von 12.12.2007 auf und unterstützt auch jetzt den Aufruf zu dem entsprechenden Volksbegehren. Der

Fakultätsrat regt die Mitglieder der Fakultät an, sich u.a. im Rahmen von Lehrveranstaltungen mit den Begründungen und Zielen des Volksbegehrens auseinanderzusetzen.”

Reaktion der Präsidentin

Der Beschluss zur Unterstützung des Volksbegehrens des Fakultätsrat sieß auf erheblichen Unmut der Uni-Präsidentin. Schließlich ist seit ihrem berüchtigten “Maulkorberlass” bekannt, daß sie öffentliche Äußerung aus der Universität nur goutiert, wenn sie entweder von ihr sind oder aber sich mindestens in vollem Ein-

klang mit ihrer konservativen Weltanschauung befinden. In einem Schreiben an den Dekan der Fakultät - warum nicht an den Fakultätsrat selber? - rügte sie den Beschluss und forderte den Dekan auf, hinkünftig dafür Sorge zu tragen, daß solcherlei Ungehorsam in Zukunft nicht mehr vorkommt. Als “Begründung” zitierte



Frau Auwter-Kurtz vollständig den Paragraphen aus dem Hamburgischen Hochschulgesetz zu den Aufgaben eines Fakultätsrates und behauptete kurzerhand, der schulpolitische Beschluss sei von dieser Aufgabenbestimmung nicht gedeckt. Der Fakultätsrat sah das anders und verfasste

spontan die im Folgenden dokumentierte Erklärung. Der Beschluss wurde lediglich zu Protokoll gegeben, ein Brief an die Präsidentin schien überflüssig, da diese offenkundig ohnehin die Protokolle des Fakultätsrats ausführlich zu Kenntnis nimmt.

Die Antwort des Fakultätsrats

.....

Nach intensiver Debatte stimmt der Fakultätsrat folgendem Beschluss mit 15:0:0 zu:

“Der Fakultätsrat ist der Auffassung, dass eine Auseinandersetzung mit der Volksinitiative ”Eine Schule für Alle“ in seinen Zuständigkeitskatalog fällt. Nach Paragraph 91 Hamburger Hochschulgesetz hat der Fakultätsrat unter anderem die Aufgabe (9) Stellung zu allen Angelegenheiten der Fakultät zu nehmen. Die Angelegenheiten der Fakultät werden u. a. durch die Aufgaben und Tätigkeiten der Mitglieder der Fakultät bestimmt. Die Auseinandersetzungen mit den Bedingungen, unter denen Bildung stattfindet, gehören zu den zentralen Aufgaben der Fakultätsmitglieder. Dies umfasst auch den Transfer von Wissen in die Praxis und damit Vorschläge, wie und in welcher Organisationsform Bildungsprozesse gestaltet sein können.

Zwei Schwerpunkte der Fakultät sind durch das Thema ”Eine Schule für Alle“ angesprochen. Im Schwerpunkt

Heterogenität geht es u. a. um die Frage der Heterogenität der am Bildungsprozess Beteiligten. Im Schwerpunkt Gesundheit geht es u. a. um die Frage, welche Bedingungen im Bildungsprozess gesundheits- und damit auch entwicklungsförderlich sind. Die Auseinandersetzung mit ”Eine Schule für Alle“ gehört damit ganz besonders zu dem Kompetenzbereich der Fakultät.

Darüber hinaus umfasst die im Leitbild der Universität Hamburg hervor gehobene gesellschaftliche Verantwortung die Auseinandersetzung mit und die Stellungnahme zu Entwicklungs- und Gestaltungsprozessen - die Volksinitiative ”Eine Schule für Alle“ gehört dazu. Schließlich: Die Mitglieder des Fakultätsrates sehen sich durch Aussagen wie die Unterstützung der Volksinitiative ”Eine Schule für Alle“ falle nicht in ihren Zuständigkeits- und Kompetenzbereich in ihrer Freiheit von Lehre und Forschung erheblich eingeschränkt.”

STINOPHOBIE - DIE LEIDEN DER OE-TUTOREN

Dass unser Studienfonetz nicht immer so leistungsfähig ist wie versprochen, ist keine Neuigkeit sondern allgemein bekanntes Naturgesetz unter Studierenden. Pünktlich mit der diesjährigen Orientierungseinheit jedoch nahm die Unzumutbarkeit des Systems für Lehrende, Studierende und Verwaltung eine neue Qualität an. Nicht genug, dass die Einführung in Stine mittlerweile einen zentralen Platz in der OE hat...

Schon bei der Demonstration der Seminarwahl über Stine kam es in den OE-Gruppen zwangsläufig zu einem gemeinschaftlichen Denkbildschirm-Anstarren, begleitet von der immer wiederkehrenden Frage "Warum funktioniert das eigentlich nicht?". Überall im PI fanden sich ratlose OE-Tutoren, besorgte Erstsemester und genervtes Verwaltungspersonal... Am Donnerstag schließlich wurde ca. eine halbe Stunde vor dem Ende der Anmeldefrist die erlösende Botschaft verkündet, die Anmeldephase sei bis Samstag verlängert. Danach war sogar die Startseite kurzzeitig wieder abrufbar...

Eine häufig gestellte Frage während der OE: Was also bringt uns Stine wenn schon keine Vereinfachung der Seminarwahl???

Nun, da wäre zum einen der Office-Button, über den Stine direkt mit dem Microsoft Office Onlineshop verbunden ist - so können Studierende und Lehrende nun für verlockende 69 Euro zzgl. Downloadgebühr das Softwarapaket Microsoft Office Professional 2007 erwerben. So viel zum Thema Werbung auf dem Campus. Ein Link zu openoffice.org, wo eine Freewareversion mit ähnlichen Funktionen heruntergeladen werden kann, wurde bisher noch nicht hinzugefügt...

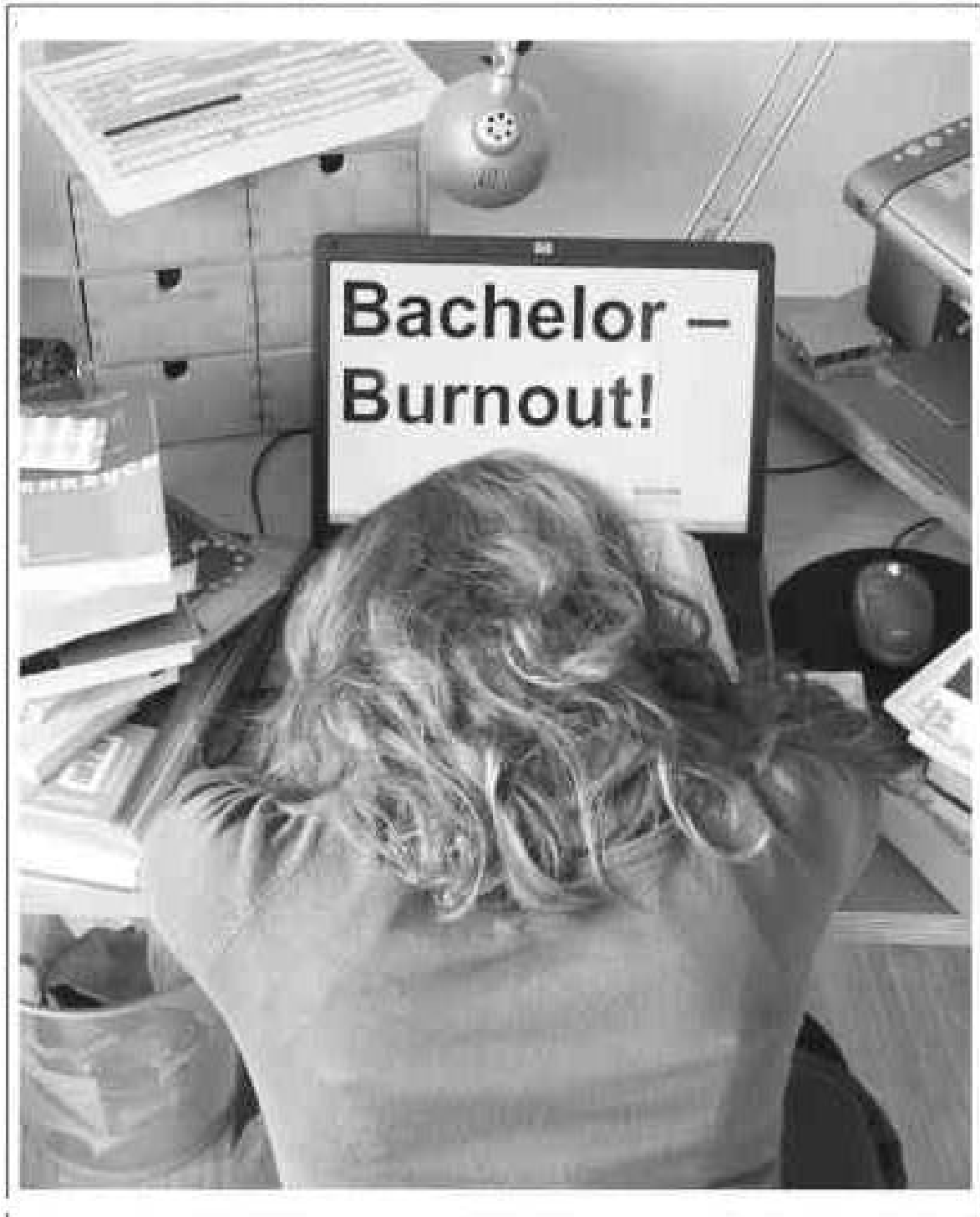
Des Weiteren natürlich die zur Erleichterung der Semesteraufgaben beitragenden Materiallisten in Stine. Hier können wir Studierende Literatur zu unseren Veranstaltungen abrufen, so zumindest die Theorie. In der Praxis allerdings ist Stine neben Copyshops, Websites der Lehrenden und Educommsy nur eine weitere Anlaufstelle für Studierende beim Zusammenstellen der Semesterlektüre - sofern abrufbar...Tim Out...

Da bleibt noch die vermeintliche Hilfe - oder Kontrolle - bei der Studienorganisation. Jetzt werden Erfolge und Misserfolge eines jeden Studierenden penibel dokumentiert, das spornt natürlich an zu mehr "Selbstdisziplin" - was ist eigent-

lich, wenn Stine merkt, dass ich meine Modulfristen nicht einhalte???

Angesichts des beschriebenen Chaos in der Orientierungseinheit ist es selbst zuversichtlichen OE-Tutoren nicht gelungen, den Erstsemestern

die Angst oder zumindest das Misstrauen gegenüber Stine zu nehmen. So hat sich einmal mehr gezeigt, dass Systeme welcher Art auch immer sich doch gefälligst nach den Menschen richten sollen und nicht umgekehrt...



**International Day of Action Against
the Commercialisation of Education**

反对教育商业化国际行动日

**Día Internacional de Acción
Contra la Comercialización de la Educación**

اليوم العالمي ضد المتاجرة بالتعليم

**Journée internationale d'action contre la
privatisation de l'enseignement supérieur**

**5th November
2008**

contact

united.for.education@gmail.com

for detail

www.emancipating-education-for-all.org

